LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

Landkreis Vorpommern-Rügen, Carl-Heydemann-Ring 67, 18437 Stralsund

Fraktion AfD im Kreistag V-R

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: Anfrage/2025/022
Meine Nachricht vom:
Bitte beachten Sie unsere Postanschrift unten!

Fachdienst: **Büro des Landrates und des Kreistages**
Fachgebiet / Team: **Kreistagsangelegenheiten**
Auskunft erteilt:
Besucheranschrift: Carl-Heydemann-Ring 67
18437 Stralsund
Zimmer: 119
Telefon: 03831 357 1214
Fax: 03831 357-444100
E-Mail: Kreistagsbuero@lk-vr.de

Datum: 5. Juni 2025

Ihre Anfrage zur Krisen- und Gesundheitsversorgung im Ernstfall im Landkreis Vorpommern-Rügen

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Kegel,
sehr geehrte Damen und Herren,

in vorbezeichneter Angelegenheit nehme ich Bezug auf die in der Anfrage gestellten Fragen und beantworte diese nachfolgend.

1. ***Gibt es im Landkreis Vorpommern-Rügen ein Konzept zur zivil-militärischen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen für den Ernstfall?***

Die Zivilmilitärische Zusammenarbeit ist auch für den Landkreis Vorpommern-Rügen in der Neuausrichtung. Bis zum Jahr 2022 war dies so geregelt, dass die zivile Seite die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Bundeswehr zur Bewältigung von herausragenden Ereignissen abgefragt und zum Einsatz gebracht hat (bspw. während der Bewältigung der Corona-Pandemie, den Unterstützungsleistungen bei den Impf- und Abstrichstrukturen, bei der Tierseuchenbekämpfung, wie der Vogelgrippe im Landkreis Rügen im Jahr 2005 oder in anderen Bundesländern und Landkreisen, z.B. bei der Bewältigung von Hochwasserlagen, Waldbränden etc.). Nunmehr geht es darum, auch die Aufgaben der Zusammenarbeit im großen Rahmen des Zivilschutzes nach beiden Richtungen hin wahrzunehmen.

Konkret gibt es noch kein Konzept des KRITIS-Bereiches des Gesundheitswesens. Dennoch befinden wir uns als Fachdienst 32 Integrierte Leitstelle, Bevölkerungs- und Brandschutz und FD 33 – Gesundheit in den ersten Abstimmungen bezüglich der zivilen Alarmplanung und des Operationsplans Deutschland.

2. ***Welche Kapazitäten stehen in den örtlichen Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen zur Verfügung, um eine plötzliche hohe Zahl an Patienten im Verteidigungs- oder Krisenfall aufzunehmen?***

Mit der neuen Bundesregierung werden der grundlegenden Gesundheitsreform und hier im Speziellen der Reform des Notfall- und Rettungswesens und den Krankenhausstrukturen eine sehr hohe Priorität eingeräumt.

Die Kapazitäten in den Krankenhäusern richten sich nach den aktuellen Vorgaben der Krankenhausgesetze der Bundesländer und der ergänzten Ausführungsvorschriften. Wir gehen davon aus, dass auch die neuen Anforderungen im Krisen- oder Verteidigungsfall Berücksichtigung finden werden.

3. Inwiefern sind Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter oder das Technische Hilfswerk in die Notfallplanung eingebunden?

Die Hilfsorganisationen nehmen in der Regelrettung als auch in den Strukturen des Bevölkerungs-, Katastrophen- und Zivilschutzes eine tragende Rolle ein und werden auch bei der Notfallplanung für den Krisen- und Verteidigungsfall und beim Zivilschutz eng eingebunden.

4. Gibt es regelmäßige Übungen oder Abstimmungen zwischen zivilen und militärischen Akteuren zur Verbesserung der Koordination?

Unser Kreisverbindungskommando (KVK) ist regelmäßig mit uns in direkten Abstimmungen. Das KVK wird in die Ausbildungs- und Übungsszenarien eingebunden und der Landkreis umgekehrt ebenso in die Strukturen des Landeskommandos der Bundeswehr. Zudem sind sie fester Bestandteil in den Führungsstrukturen der Nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr.

Das KVK unseres Landkreises ist das wichtige Bindeglied zwischen der Bundeswehr und dem Zivilen Sektor. Strukturell gibt es in jedem Landkreis und jeder Kreisfreien Stadt ein solches KVK, die der militärischen Führung des Landeskommandos M-V unterstehen.

5. Welche Maßnahmen sind geplant, um die kritische Infrastruktur des Landkreises gegen Cyberangriffe und andere hybride Bedrohungen zu schützen?

Dieser Aufgabenbereich ist sehr komplex und nicht allein von den Entscheidungen und Festlegungen des Landkreises Vorpommern-Rügen abhängig. Das Portfolio der KRITIS-Maßnahmen erstreckt sich z. B. auf eine geeignete Risikoanalyse, die Beurteilung der anerkannten Aufgabenschwerpunkte und die Vulnerabilität an sich sowie die Abteilung geeigneter, wirkungsvoller Maßnahmen. Im Wesentlichen sind das Teilaufgaben der KRITI (Kritischen Infrastrukturen) und diese werden auch so betrachtet. Zielstellung ist es, so wenig wie möglich anfällig auf Cyberangriffe und andere hybride Bedrohungslagen zu werden.

Die Landkreisverwaltung stärkt seine eigenen Strukturen, um resilienter gegen Cyberangriffe und andere hybride Bedrohungslagen sein zu können. Gerade mit der Bewältigung des Cyberangriffes aus Ende 2023 wurden hier grundlegende Neuausrichtungen und technisch sichere Strukturen geschaffen; die IT-Strukturen wurden maßgeblich „gehärtet“ und ausfallsicherer gestaltet.

Zudem wurde ein Konzept entwickelt, um als Teil der Kritischen Infrastruktur im Krisenfall trotzdem noch, wenn auch eingeschränkt, handlungsfähig zu bleiben. Dieses Konzept wird permanent fortgeschrieben.

Die Betreiber Kritischer Infrastrukturen außerhalb der Verwaltung sind eigenverantwortlich, um ausreichend vor möglichen Schadens-/Bedrohungslagen sich sicher auszustellen, diese zu betreiben und aufrecht zu erhalten. Aus den Erfahrungen der drohenden Energie- und Gasmangellage konnten wir diese Betreiber für die Thematik stark sensibilisieren. Inzwischen sind diese deutlich besser vorbereitet. Dieser direkt Abstimmungsprozess wird permanent fortgeführt. Insbesondere bei den Themen Notstromversorgung und Netzersatzanlagen sind gute Fortschritte bei den Betreibern von Kritischer Infrastruktur erzielt worden. Aber auch die eigentliche Risikoanalyse und Sensibilisierung hierfür sind ein wichtiger Schritt in eine sichere Kritische Infrastruktur.

Auf kommunaler und kreislicher Ebene wurde sehr intensiv die Schaffung von sogenannten Katastrophenschutzleuchttürmen (KL) und Wärmeinseln (WI) in allen Kommunen und Ämtern vorangetrieben. Der grundsätzliche Gedanke ist nicht allein eine drohende Energie- oder Gasmangellage; die KL und WI sollen vielmehr generell für alle möglichen Schadenszenarien Anlaufpunkt€ für die Bevölkerung und die Betroffenen sein.

LANDKREIS
VORPOMMERN-RÜGEN
wir nordeln.

6. Inwiefern ist die Bevölkerung über bestehende Notfallpläne informiert, und welche Rolle können die Bürger im Rahmen eines erweiterten Bevölkerungsschutzes übernehmen?

Hier besteht ein sehr großer Nachholbedarf. Bis zum 24. Februar 2022 ist man gesamtgesellschaftlich in der Gefahrenabwehr von anderen Vorgaben ausgegangen. Die Thematik Bevölkerungs- und Zivilschutz nahm eine untergeordnete Rolle ein. Dementsprechend bedarf es einer umfassenden Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung in diesen Bereichen. Das ist ein Prozess, der sehr intensiv und auch zeitlich viel Raum einnehmen wird.

Der DRK-Landesverband MV hat die Anregungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zum Selbstschutz und Wissensvermittlung aufgegriffen. Der DRK Kreisverband Rügen-Stralsund hat so z. B. am Samstag, den 10. Mai 2025 das Projekt „Bevölkerungsschutz aus der Kiste“ erfolgreich vorgeführt. Wir werden mit den Hilfsorganisationen und auch den Kommunen diese Themenfelder gemeinsam aufgreifen, Anregungen geben und Schulungs- und Informationsmöglichkeiten vermitteln.

Nicht zu verkennen ist, dass es zudem nicht mehr selbstverständlich ist, dass jeder in der Zivilgesellschaft auch eine Eigenverantwortung und Mitwirkungsrolle (wieder) einnehmen muss. Hier bedarf es einer übergreifenden Information und Sensibilisierung jedes Einzelnen, ohne ein Gefühl der Angst und Panikmache zu erzielen. Letztendlich ist für jeden persönlich gut, sich dieser Thematik zu nähern. Vorsorge für alle Lebenslagen sinnvoll und hilfreich.

In den fachlichen Gesprächen mit z.B den Betreibern der Apotheken, Krankenhäuser, Pflegeinrichtungen etc. konnten wir bereits sehr gute Anregungen und Handlungsempfehlungen gemeinsam ableiten, um hier besser aufgestellt zu sein.

Im Rahmen eines Forschungsprojektes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, in welchem wir als Vollpartner eingebunden sind (Projekt KRISENFIT - www.krisenfit.uni-wuppertal.de) haben wir fünf Ämter/Kommunen im Landkreis gewinnen können (Amt Mönchgut-Granitz, Amt Fischland-Darß, Amt Ribnitz, Gemeinde Süderholz, Hansestadt Stralsund), welche mit uns gemeinsam u. a. auch diese Themenfelder auf kommunaler Ebene mit analysieren, abbilden, fortentwickeln sowie Handlungsempfehlungen geben, die allen Kommunen im Landkreis zugutekommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefan Kerth
Landrat